

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



Breite Mehrheit für Fiskalpakt und Rettungsschirm

Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Schaffung einer Europäischen Stabilitätsunion

Der Deutsche Bundestag hat in der letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause die Beratungen über den Fiskalpakt und den Europäischen Stabilisierungsmechanismus mit großer Mehrheit zum Abschluss gebracht. Damit setzt Deutschland ein starkes Zeichen für Europa. Am Freitag haben die Abgeordneten dem Vertrag vom 2. März über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) in der der vom Haushaltsausschuss geänderten Fassung mit 491 Ja-Stimmen bei 111 Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen zugestimmt.

Auch der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zum Vertrag vom 2. Februar zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) fand mit 493 Ja-Stimmen bei 106 Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Den Abstimmungen vorangegangen war eine Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zur Schaffung einer Stabilitätsunion, in der sie für die Annahme der beiden Verträge geworben hatte. Die Zustimmung sei ein „wichtiges Signal“, dass „Europa für uns unsere Zukunft bedeutet“, sagte sie. Merkel berichtete dem Bundestag auch über den unmittelbar vorangegangenen EU-Gipfel in Brüssel, der weitere Beschlüsse zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone getroffen hatte. Die Umsetzung dieser Beschlüsse stehe aber nicht unmittelbar bevor, sondern erfordere in jedem Einzelfall eine weitere Befassung des Bundestages, betonte die Kanzlerin.

Während der ESM Hilfgelder für verschuldete Euro-Staaten zur Verfügung stellt, verpflichtet der Fiskalpakt die 25 Teilnehmerländer zur Umsetzung einer nationalen Schuldenbremse nach deutschem Vorbild. Beide Verträge bildeten eine „inhaltliche Einheit“, sagte Merkel. Sie stellten die „rechtliche Verknüpfung zwischen Solidität und Solidarität“ dar. Hilfen an notleidende Euro-Mitglieder würden nur dann gewährt, wenn sie den Fiskalvertrag zu Hause auch umsetzten. „Mit diesen Verträ-

gen machen wir unumkehrbare Schritte hin zu einer nachhaltigen Stabilitätsunion“, sagte Merkel.

Nicht zur Abstimmung standen die Beschlüsse, die der EU-Gipfel in der Nacht zuvor getroffen hat und die teils noch in mühsamer Kleinarbeit von den EU-Finanzministern ausgearbeitet werden müssen. Man habe aber auf die schwierige Situation reagieren müssen, in der sich Spanien und Italien derzeit befinden, erläuterte die Kanzlerin die Sachlage. Beide Länder können sich derzeit nur zu sehr hohen Zinsen an den Finanzmärkten Geld beschaffen. Um ihnen zu helfen, habe man auf das Instrumentarium des ESM zurückgegriffen, das von den Euro-Staaten bereits zuvor geschaffen worden sei und das man jetzt anwenden wolle, berichtete Merkel. Sie unterstrich, es werde keine Hilfen geben, die nicht an Auflagen für die betreffenden Länder geknüpft sind. Diese Länder müssten sich an die strengen Empfehlungen zu Strukturreformen halten, die die Kommission aufgelistet habe. In der zweieinhalb stündigen Debatte über ESM und Fiskalpakt, sprach der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Kauder von wegweisenden und existenziellen Beschlüssen für Europa. „Wir wollen, dass es kein Geld ohne Gegenleistung gibt“, betonte Kauder. Laut Bundesfinanzminister Schäuble geht es nicht darum, andere Länder zu quälen, sondern darum, die Euro-Krise dauerhaft zu lösen. Und dies funktioniere nur, indem man Schulden abbau und die Wettbewerbsfähigkeit verbessere. Merkel warb auch für den Beschluss des Europäischen Rates, eine gemeinsame Bankenaufsicht in der Euro-Zone zu schaffen, die der Europäischen Zentralbank (EZB) übertragen werden soll. Eine solche Bankenaufsicht könne die Voraussetzung dafür sein, dass künftig Banken mit Geld aus dem ESM rekapitalisiert werden könnten – natürlich unter strengen Auflagen. Allerdings: „Das passiert nicht an einem Tag oder in Wochen. Das ist ein längerer Prozess“, sagte Merkel. Schäuble unterstrich, Haftung und Kontrolle dürften nicht voneinander getrennt werden.

Kurznachrichten

Betreuungsgeld

In der vergangenen Woche wurde in erster Lesung über den von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP eingebrachten Gesetzentwurf über das Betreuungsgeld debattiert. Nach dem Willen der Koalition soll das Betreuungsgeld ab Januar 2013 an alle Familien gezahlt werden, die für ihre Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr keine öffentlich geförderte Kindertagesbetreuung in Anspruch nehmen. Im kommenden Jahr soll es zunächst 100 Euro pro Monat betragen und ab dem Jahr 2014 dann auf 150 Euro erhöht werden. Das Betreuungsgeld wird als vorrangige Leistung ausbezahlt und deshalb mit Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und Kinderzuschlag verrechnet. Für den Bund werden durch das Betreuungsgeld im Jahr 2013 Mehrausgaben von 300 Mio. Euro, im Jahr 2014 von 1,11 Mrd. Euro und ab 2015 von jährlich 1,23 Mrd. Euro entstehen. Die familienpolitische Sprecherin der Unionsfraktion Bär warb eindringlich für das Betreuungsgeld. Es gebe "keine Einheitsfamilie", und deshalb könne es auch "kein Einheitsmodell" für die Kinderbetreuung geben, argumentierte die CSU-Abgeordnete. Auch Eltern, die ihre Kinder nicht in einer Kindertagesstätte betreuen lassen wollen, hätten einen Anspruch auf staatliche Unterstützung. Es käme einer "Umerziehungsmaßnahme" gleich, wenn man ihnen diese vorenthielte, warf Bär der Opposition vor. Eine Mehrheit der Deutschen wünsche sich eine Alternative zur staatlichen Betreuung. Auch der Obmann der CDU/CSU im Familienausschuss Grübel, betonte, Familien müssten sich nicht einem vorgegebenen staatlichen Leitbild anpassen, um finanzielle Unterstützung zu erhalten. Er verwies auf eine Umfrage, wonach die Mehrheit der 18- bis 29-Jährigen in Deutschland für die Einführung des Betreuungsgeldes sei. Außerdem gehe es bei Kleinkindern im Alter von ein und zwei Jahren nicht vorrangig um Bildung, sondern um Bindung. Deshalb könne man auch nicht davon sprechen, dass Kindern Bildungschancen vorenthalten würden, wenn man sie nicht in eine Krippe gebe. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder verteidigte das Betreuungsgeld und warf der Opposition vor, mit ihrer "Kampagne" Hunderttausende Eltern zu beleidigen: "Wir brauchen den Kita-Ausbau und das Betreuungsgeld". Eltern seien "nicht herzlos", wenn sie ihre Kinder in eine Kindertagesstätte geben, und sie seien "nicht hirnlos", wenn sie ihre Kinder selbst daheim betreuen. Die Opposition solle endlich das "ideologische Schlachtfeld des Kulturkampfes" verlassen. Schröder sagte zu, dass der Bedarf an Betreuungsplätzen bis zum kommenden Jahr gedeckt werde und der Bund seine finanziellen Zusagen einhalten werde.

Gegen die Stimmen der Opposition haben CDU/CSU und FDP dafür gesorgt, dass die Anhörung zum Gesetzentwurf direkt in der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause wieder aufgenommen wird.

Neuausrichtung der Pflegeversicherung

Der Deutsche Bundestag hat am 29. Juni den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuausrichtung der Pflegeversiche-

rung in einer vom Gesundheitsausschuss geänderten Fassung angenommen. In namentlicher Abstimmung votierten 324 Abgeordnete für und 267 gegen das Projekt. Damit wurde eine Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte auf 2,05 Prozent – bei Kinderlosen auf 2,3 Prozent – beschlossen. Versicherte ohne Pflegestufe mit "erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz" (sogenannte Pflegestufe 0) erhalten erstmals Anspruch auf ein Pflegegeld in Höhe von mtl. 120 Euro oder Pflegesachleistungen von bis zu 225 Euro. Demenzkranke mit Pflegestufe I ("erhebliche Pflegebedürftigkeit") bekommen ein um 70 Euro auf 305 Euro erhöhtes Pflegegeld oder um 215 Euro auf bis zu 665 Euro erhöhte Pflegesachleistungen. Demenzkranke mit Pflegestufe II ("schwere Pflegebedürftigkeit") erhalten ein um 85 Euro auf 525 Euro erhöhtes Pflegegeld oder um 150 Euro auf 1.250 Euro erhöhte Pflegesachleistungen. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen können Leistungen der Pflegedienste flexibler in Anspruch nehmen, indem bestimmte Zeiträume für die Pflege gewählt werden. Mit den Pflegediensten zusammen können Pflegebedürftige und Angehörige dann entscheiden, welche Leistungen in dieser Zeit erbracht werden. Das Pflegegeld wird künftig zur Hälfte weitergezahlt, wenn eine Kurzzeit- oder Verhinderungspflege in Anspruch genommen wird. Die Pflegekassen müssen spätestens fünf Wochen nach Eingang über einen Antrag auf Pflegebedürftigkeit entscheiden. Ansonsten müssen sie nach dem Willen der Bundesregierung je Tag der Verzögerung zehn Euro an den Antragsteller zahlen. Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige werden als Versorgungsalternative zur Pflege zu Hause oder im Heim gefördert. Pflegebedürftige, die in einer solchen ambulant betreuten Wohngemeinschaft leben, bekommen einen Zuschlag von pauschal 200 Euro mtl. Wer privat für den Pflegefall mit einer Pflegetagegeldversicherung vorsorgt, erhält vom Bund eine Zulage von fünf Euro pro Monat. Dafür müssen zehn Euro im Monat als Mindestbetrag eingesetzt werden.

Bundeswehreinsatz

Gegen das Votum der Linksfraktion hat der Deutsche Bundestag am 28. Juni in namentlicher Abstimmung einen Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter Streitkräfte am Unifil-Mandat der Vereinten Nationen im Libanon (United Nations Interim Force in Lebanon) bis 30. Juni 2013 zugestimmt. Er schloss sich damit einer Empfehlung des Auswärtigen Ausschusses an. Die Kosten für die Verlängerung mit bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten belaufen sich auf rund 31,3 Millionen Euro.

Zitat:

«Für Ihre Urlaubsplanungen bitte ich zu berücksichtigen, dass ich nicht ausschließen kann, dass es auch deutlich früher sein könnte. Also schwimmen Sie nicht zu weit raus und achten darauf, das Handgepäck immer griffbereit zu haben.»

(Bundestagspräsident Norbert Lammert, nachdem er die nächste Plenarsitzung für spätestens 11. September angekündigt hatte. Es wird erwartet, dass es wegen der Euro-Krise in der parlamentarischen Sommerpause Sondersitzungen geben dürfte.)

Besuchen Sie Josef Rief auch auf Facebook unter:
www.facebook.com/josefriefmdb

facebook®

26.06.2012 Förderschule St. Franziskus aus Ingerkingen in Berlin

Zu einem Besuch bei ihrem Bundestagsabgeordneten war eine Klasse der Förderschule St. Franziskus aus Ingerkingen nach Berlin gekommen. Die St. Franziskus-Schule ist eine katholische, freie Ganztageschule für Kinder und Jugendliche mit einer geistigen oder mehrfachen Behinderung.

Josef Rief sprach mit den sehr interessierten Kindern und Jugendlichen der Gruppe und schilderte seine Arbeit als Abgeordneter. Rief zeigte der Gruppe sein Büro nachdem er sie auf die Reichstagskuppel führte. Josef Rief zeigte sich beeindruckt vom großen

Engagement der Lehrer. Die Kinder hatten sich gut vorbereitet und überraschten mit Kenntnissen zur Politik und vielen Fragen zum Bundestag.



19.06.2012 Pressemitteilung: Grün-rote Entscheidung gefährdet Verkehrssicherheit für Unlinger Bürger - Josef Rief MdB: "Herber Rückschlag für die Entwicklung des ländlichen Raumes."

Berlin/Biberach. "Das ist doch kaum zu glauben", ist der Biberacher Abgeordnete schwer enttäuscht von der Rückstufung des Straßenbauprojekts Ortsumgehung Unlingen. Weil die geplante Umgehungsstraße nun in die dritte und damit letzte Kategorie der planfestgestellten Baumaßnahmen gerutscht sei, könne mit der Realisierung so bald nicht gerechnet werden. "Mittelfristig" sei ein sehr dehnbarer Begriff, zeigt sich der Christdemokrat solidarisch mit den Unlinger Bürgern, die auf eine baldige Entlastung ihres Ortskernes gehofft hatten. "Natürlich müssen die Straßenbaumaßnahmen angesichts der knappen Kassen eine Gewichtung hinsichtlich ihrer Priorität erfahren", so Rief weiter. "Es ist allerdings nicht nachzuvollziehen, warum Unlingen trotz der hohen Bewertung in punkto Verkehrssicherheit zurückgestellt wurde. Für die grün-rote Landesregierung scheint die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer in unserem oberschwäbischen Kreis nicht vordringlich zu sein."

Die Zurückstufung von Unlingen zeige wieder einmal, dass der Kreis Biberach bei grün-rot keine Rolle spielt. Es gehe ja bei den Straßenbauprojekten nicht nur um die Entlastung einzelner Gemeinden, sondern auch um die bessere Ost-West-Anbindung der Region Riedlingen, die aber jetzt, nach der Zurücksetzung von Unlingen und Erbach, wohl erst einmal vom Tisch sei.

Josef Rief will den weit hinausgeschobenen ersten Spatenstich der Umgehungsstraßen, deren Notwendigkeit vor geraumer Zeit im Planfeststellungsverfahren bestätigt wurde, so nicht akzeptieren: "Sichere Straßen, eine sinnvolle Erschließung des Raumes sind gerade für ländlich strukturierte Regionen wichtig. Daher werde ich mich auf jeden Fall auf Bundesebene weiter für einen zügigen Baubeginn einsetzen."

Terminhinweis:

Nächster Sprechtag von Josef Rief:

10. Juli von 09.30 - 11.30 Uhr im Wahlkreisbüro in Biberach, Braithweg 27